

Wirtschaftspolitische Informationen 3/2009

ver.di Bundesvorstand Berlin -
Bereich Wirtschaftspolitik – August 2009
www.wipo.verdi.de



Vor dem Aufschwung?

Wirtschaftliche Situation und Perspektiven

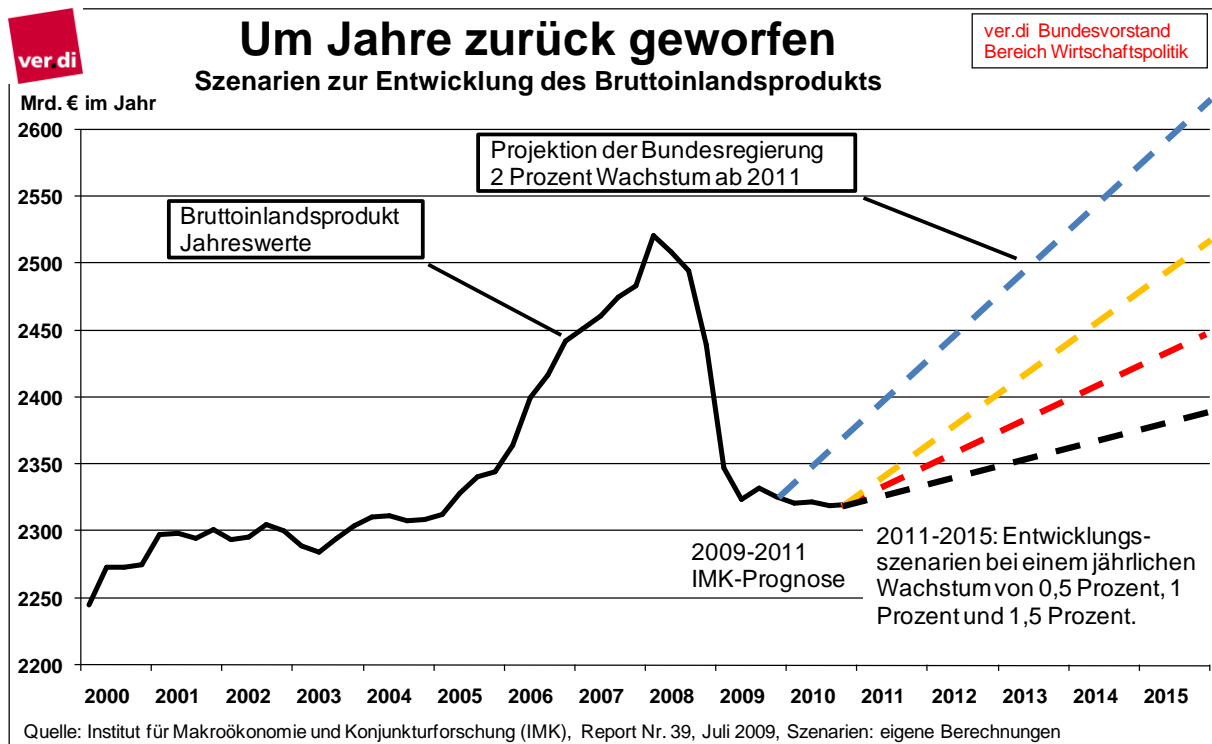
Export massiv eingebrochen.....	3
Binnennachfrage in der Krise.....	5
Banken gerettet – Kredite ausgetrocknet?.....	8
Öffentliche Haushalte in Not.....	9
ver.di Alternativen und Forderungen.....	11

Ein kleines Plus von drei Promille beim Bruttoinlandsprodukt lässt Politiker kurz vor der Wahl vom Aufschwung träumen. Wirtschaftsminister Guttenberg meint, der Einbruch sei nun überstanden, lobt die Regierung und sich selbst: Mit schnellem und beherztem Eingreifen habe man die Wirtschaft stabilisiert.

Das Wachstumsplus von 0,3 Prozent bezieht sich auf das zweite Vierteljahr 2009 gegenüber dem ersten. In Euro ausgedrückt sind dies etwa drei Milliarden. Statistisch nicht signifikant heißt eine so kleine Änderung in der Fachsprache. Die Wirtschaftsleistung liegt trotzdem sechs Prozent niedriger als vor einem Jahr. Vorläufig ist es nur nicht weiter abwärts gegangen. Ob dies so bleibt ist höchst unsicher.

Immer mehr Betriebe geraten in Schieflage, weil Banken Kredite nur noch zögerlich und überteuert vergeben. Dies ist ein Grund für die starke Zunahme von Insolvenzen und die damit verbundene Arbeitsplatzvernichtung. Insgesamt gehen die Prognosen von einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf fünf Millionen im Winter 2010/2011 aus. Dies wird die Einkommen der Menschen und damit den Konsum schwächen und die wirtschaftliche Entwicklung belasten.

Die bisherigen Prognosen gehen nach einem Einbruch von sechs bis 6,5 Prozent in diesem Jahr auch für 2010 nicht von einem Aufschwung aus. Sie erwarten allenfalls Stagnation oder einen weiteren Rückgang von etwa 0,5 Prozent. Seit der Weltwirtschaftskrise von 1929/30 haben nur die Menschen in Ostdeutschland direkt nach der Wende einen ähnlich tiefen Einbruch erlebt. Selbst wenn ab 2011 das Wachstum



wieder anzieht, bleiben die Aussichten verhalten. Es wird viele Jahre dauern, bis die Wirtschaftsleistung wieder das Niveau vor der Krise erreicht hat. Wirtschaftlich droht ein verlorenes Jahrzehnt.

Export massiv eingebrochen

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft war in den vergangenen Jahren überwiegend vom Export abhängig. Die Exporte stiegen erheblich stärker als die Importe. Der Exportüberschuss Deutschlands stieg von 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2000 auf sieben Prozent in 2007. Ein wachsender Exportüberschuss steigert unmittelbar das Wirtschaftswachstum. Seit 2001 wurde das Wachstum zu zwei Dritteln vom Exportüberschuss getragen.

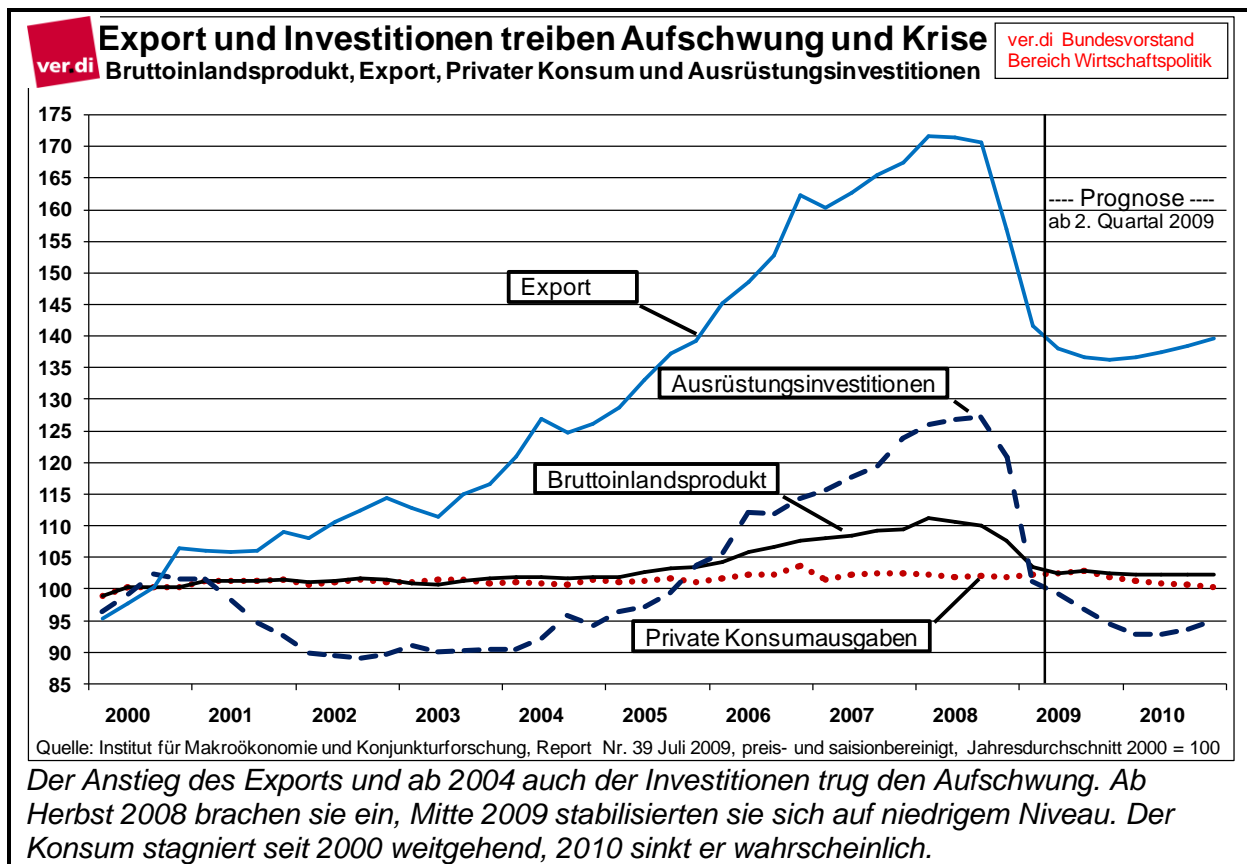
Die „Agenda 2010“ und die Hartz-Gesetze sind dafür verantwortlich, dass Lohn- und Sozialkosten der Unternehmen hinter dem Anstieg in anderen Industrieländern zurückblieben. Dies steigerte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist die massive Schwächung der Binnennachfrage in Deutschland.

Exportgetriebenes Wachstum: Das ist immer mehr der deutsche Wachstumstyp geworden.

Die andere Kehrseite der deutschen Exportüberschüsse sind die wachsenden internationalen Ungleichgewichte. Denn die Überschüsse der einen Länder sind notwendiger Weise die Defizite der anderen. Ihr Wachstum und ihre internationale Zahlungsfähigkeit werden gemindert. Immer weiter steigende Exportüberschüsse der einen sowie Defizite und Verschuldung anderer Länder sind keine dauerhaft tragfähige Basis für wirtschaftliches Wachstum.

Zwischen Oktober 2008 und Januar 2009 brach der Welthandel um fast ein Fünftel ein – stärker als während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. Entsprechend sausten die deutschen Exporte in den Keller, von Oktober 2008 bis April 2009 um etwa 25 Prozent. Dann setzte eine Stabilisierung ein, bis Juni stiegen die Exporte um sieben Prozent, lagen damit aber immer noch 22 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Für das gesamte Jahr 2009 rechnen Wirtschaftsforschungsinstitute¹ mit einem

¹ Die Prognosezahlen in diesen Wirtschaftspolitischen Informationen stammen aus aktuellen Veröffentlichungen des *Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)*: Deutsche Wirtschaft verharrt in Talsohle, in: IMK Report, Nr. 39, 2009 sowie *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)*: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2009/2010, in: DIW Wochenbericht, Nr. 31/2009. Die etwas früher als erwartet - im zweiten statt im dritten Quartal 2009 - eingetretene Stabilisierung führt voraussichtlich dazu, dass die Jahreswerte für 2009 und 2010 geringfügig günstiger ausfallen werden.

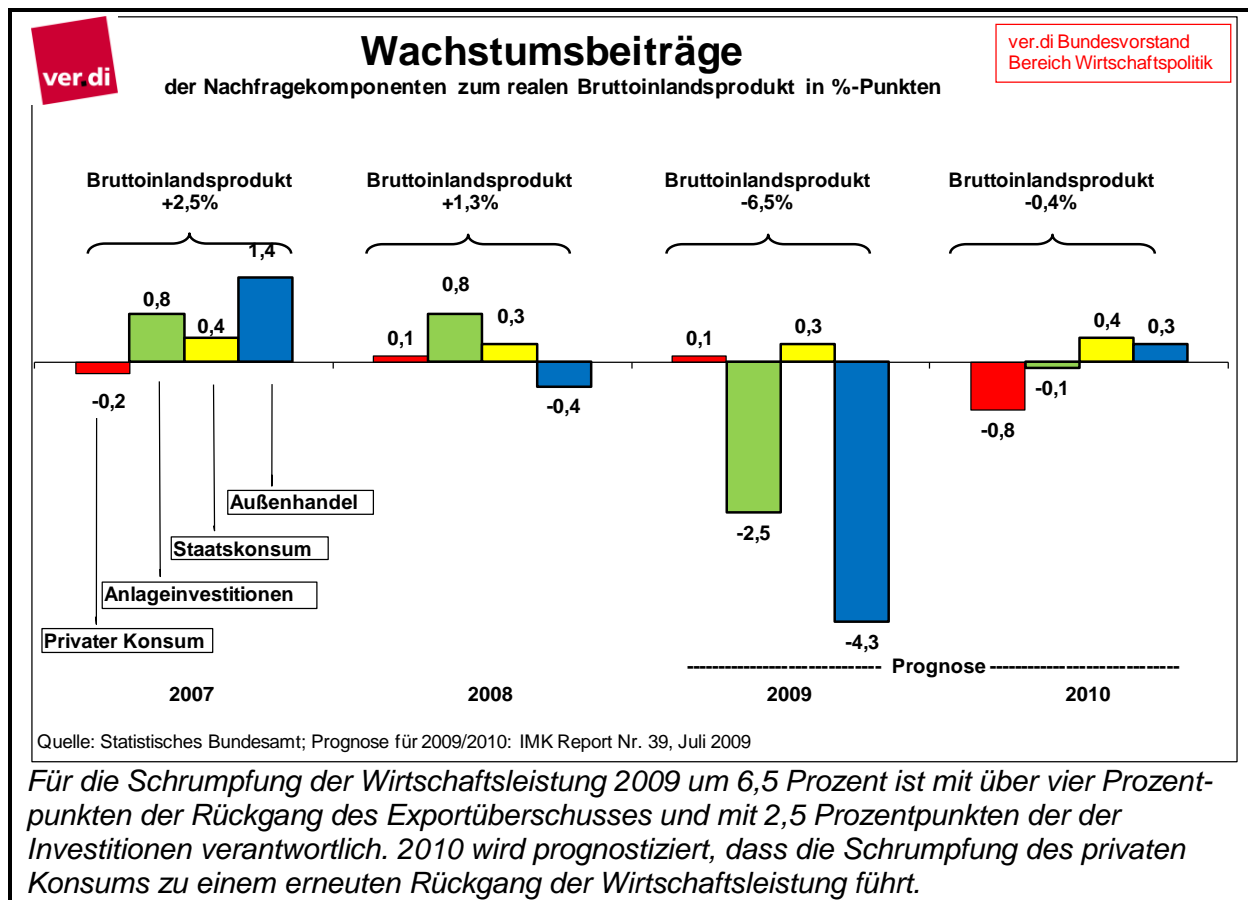


Rückgang gegenüber 2008 um fast 20 Prozent. Kein Wunder, dass Deutschland von der Weltwirtschaftskrise besonders getroffen ist.

Stärkung der Binnennachfrage! Das muss die Lehre aus dem dramatischen Rückgang des Wachstums in Deutschland sein. Die Welt-Konjunkturlokomotive USA fällt auf absehbare Zeit aus. Die Finanzmarktkrise hat schlagartig deutlich gemacht, dass diese Lokomotive die Weltwirtschaft nur auf Kosten einer gigantischen Verschuldung ziehen konnte.

Stärkung der Binnenwirtschaft – das Gebot der Stunde!

2009 zieht die Schrumpfung des Außenhandels das deutsche Wachstum um 4,3 Prozent nach unten, so die Schätzung des IMK. In den letzten Monaten hat sich der Welthandel etwas stabilisiert. Für 2010 wird mit 0,3 Prozent wieder ein leicht positiver Beitrag zum Wachstum durch den Außenhandel erwartet. Dies bleibt jedoch hinter den Wachstumsbeiträgen der vergangenen Jahre weit zurück. Ein kräftiges und vor allem länger anhaltendes Wachstum wird nur zu erreichen sein, wenn die binnenwirtschaftliche Nachfrage steigt.



Binnennachfrage in der Krise

Obwohl die deutsche Wirtschaft stark exportorientiert ist, hat die inländische Nachfrage weiterhin das mit Abstand größere Gewicht für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Drei Viertel der Beschäftigten arbeiten für den inländischen Bedarf.

Die Konsumnachfrage – der mit Abstand größte Nachfrageblock – stieg in Deutschland 2001 bis 2008 real nur um drei Prozent, während die Wirtschaftsleistung um zehn Prozent wuchs. Die Ursachen dafür waren vor allem der Rückgang der Reallohne und der realen Sozialleistungszahlungen. Dies schwächte die Wachstumsentwicklung und machte sie extrem anfällig für den Kriseneinbruch.

Seit dem Herbst/Winter 2008/2009 sind die privaten Investitionen in neue Bauten und Ausrüstungen rapide gesunken. Im Jahresverlauf 2009 wird sich der Rückgang bei den Ausrüstungen voraussichtlich verlangsamt fortsetzen. Bei den Bauten ist eine Stabilisierung und Erholung zu erwarten. Hier wirken sich die niedrigen Zinsen und die Konjunkturpakete positiv aus. Die Ausrüstungsinvestitionen werden sich nach den Prognosen frühestens 2010 stabilisieren, 25 Prozent unter dem Niveau von 2008.

Der Aufschwung bis 2008 wurde außer vom Export hauptsächlich vom konjunkturellen Anstieg der privaten Investitionen, insbesondere in neue Ausrüstungsgüter, getragen.

Der private Konsum stagnierte im Aufschwung, war aber auch in der Krise bisher stabil.

Im Krisenverlauf seit Herbst 2008 sind die privaten Konsumausgaben bisher stabil geblieben. Dazu haben besonders vier Faktoren beigetragen:

1. In 2008 und 2009 wurden tarifliche Einkommenserhöhungen von jeweils gut drei Prozent wirksam, die die Gewerkschaften in der Endphase des Aufschwungs durchsetzen konnten. Deutlich mehr als in den Vorjahren.
2. Dies führte insbesondere 2009 zu einem Anstieg der Reallöhne, weil sich der Anstieg der Verbraucherpreise verlangsamte: von 2,6 Prozent in 2008 auf wahrscheinlich knapp über Null im Jahresdurchschnitt 2009.
3. Beschäftigungspolitisch wurde die Krise bisher vor allem mit Kurzarbeit sowie Abbau von Überstunden und Arbeitszeitkonten abgefangen. Ausfallende Nettolöhne wurden so zu einem erheblichen Teil durch Kurzarbeitergeld kompensiert.
4. In Folge vorangegangener Lohnerhöhungen und der Aussetzung des Nachhaltigkeitsfaktors der Riester-Reform gab es endlich wieder eine Rentenerhöhung.

Ab dem Herbst 2009 wird die Arbeitslosigkeit massiv ansteigen, weil das Produktionsniveau trotz Stabilisierung weit unter dem des Vorjahres liegt und dies nicht länger durch Kurzarbeit aufgefangen wird. Im Winter 2009/2010 werden wahrscheinlich die vier Millionen registrierte Arbeitslose überschritten und im Winter 2010/2011 die fünf Millionen. Im Jahresdurchschnitt bedeutet das einen Anstieg um etwa 400.000 in 2009 und eine weitere Million 2010. In der Folge gehen die Lohn- und Gehaltssumme und die daraus gespeiste Konsumnachfrage deutlich zurück.

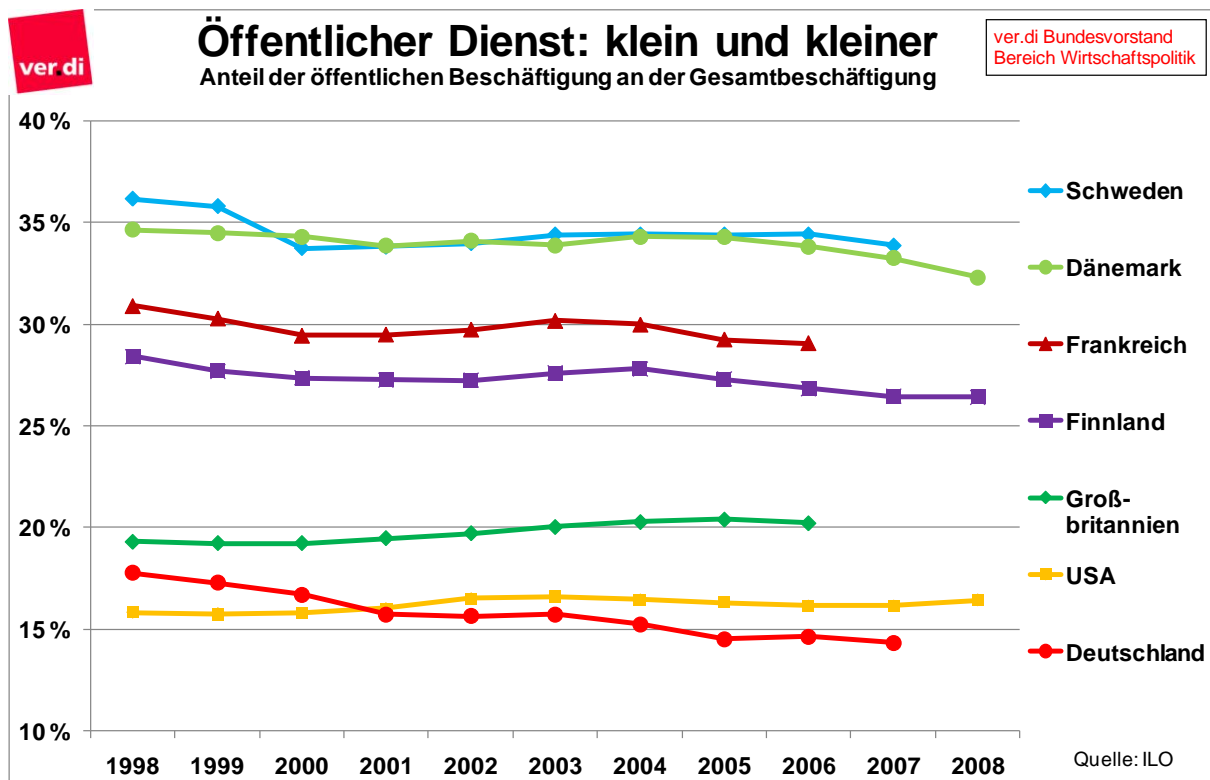
Auch der Zuwachs der Tarifeinkommen und noch mehr der durchschnittlichen tatsächlichen Einkommen der Beschäftigten wird stark gebremst werden. Die Unternehmer versuchen zunehmend, die Lohnkosten, also die Einkommen der Beschäftigten zu senken.

Die Sozialleistungen werden wegen steigender Arbeitslosigkeit zwar weiter zunehmen, den Rückgang der Nettolohnsumme aber immer weniger kompensieren können. Immer mehr Arbeitslose rutschen von Arbeitslosengeld I in Hartz IV.

2010 wird der Rückgang des privaten Konsums zur wichtigsten Bremse des Wirtschaftswachstums.

Es ist zu befürchten, dass die Arbeitslosigkeit in den darauf folgenden Jahren auf hohem Niveau bleiben wird, weil ein kräftiger Aufschwung nicht in Sicht ist. Zudem droht, dass Bund, Länder und Gemeinden den Stellenabbau und den Druck auf die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erneut verschärfen werden. Schon jetzt argumentieren sie, dies sei unausweichlich, weil die Verschuldung im Gefolge der Krise enorm ansteigt. Neue Belastungen und Kürzungen von sozialen Leistungen würden die Massenkaufkraft zusätzlich schwächen.

Ein fortgesetzter Rückgang oder auch nur Stagnation der privaten Konsumnachfrage und des öffentlichen Konsums würde wiederum dazu führen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion gedrückt wird. Zu befürchten ist im Ergebnis dieses Teufelskreises eine lang anhaltende Phase gesamtwirtschaftlicher Stagnation und hoher Arbeitslosigkeit. – Wenn die Politik nicht massiv gegensteuert.



Für 2010 ist zu erwarten, dass der private Konsum real sinken und so die wirtschaftliche Krise vertiefen und verlängern wird. Möglich ist sogar ein W-förmiger Verlauf der Krise: ein erneuter Rückgang der Wirtschaftsleistung nach vorübergehender Stabilisierung. Die Krise ist noch längst nicht überwunden.

Bisher haben Staat und Sozialversicherungen die Krise abgeschwächt: durch die Wirkung der „automatischen Stabilisatoren“ – vermehrte Sozialleistungen insbesondere für Kurzarbeitende und Arbeitslose sowie geringere Steuereinnahmen – und durch die – wenn auch unzureichenden – Konjunkturpakete.² Diese laufen nur 2009 und 2010. Die Abwrackprämie läuft sogar in diesem Jahr noch aus. Es ist nicht zu erwarten, dass bis 2010 ein kräftiger Aufschwung eingesetzt hat. Wenn die Konjunkturpakete 2011 auslaufen, wird dies die Wirtschaft zusätzlich schwächen und die Krise vertiefen und verlängern.

Banken gerettet – Kredite ausgetrocknet?

In einer beispiellosen Rettungsaktion hat die Bundesregierung den Banken fast 500 Milliarden Euro für Beteiligungen und Bürgschaften zur Verfügung gestellt. Ziel war, das Finanzsystem vor dem Zusammenbruch zu bewahren und weiterhin die Versorgung der Wirtschaft mit Geld und Kredit zu gewährleisten.

Die Kreditvergabe an Unternehmen sinkt so schnell wie noch nie.

Bundesbank und Europäische Zentralbank (EZB) veröffentlichen Zahlen zur Kreditvergabe an den Unternehmenssektor. Diese zeigen eindeutig einen Rückgang bei der Kreditvergabe. Die Kredite sanken allein im Juni 2009 im Vergleich zum Vormonat um 35 Milliarden Euro – so stark wie nie zuvor.

Aktuell bestätigen alle Umfragen bei Unternehmern Schwierigkeiten bei der Kreditversorgung. Dies verschärft die Krise! Viele Unternehmer beklagen, sie hätten geringere Kreditlinien und bekämen Kredite zu schlechteren Finanzierungsbedingungen. Eine Umfrage der Universität Mannheim bei Insolvenzverwaltern ergab: In 39 Prozent der Fälle sehen sie die mangelnde Bereitschaft von Banken zu weiteren Kreditvergabe als zentrale Ursache der Insolvenz an. Dabei gibt es allerdings Unterschiede: Sparkassen und Genossenschaftsbanken dehnten die Kreditvergabe sogar um ein bzw. zwei Prozent leicht aus. Die privaten Großbanken und Landes-

² Vgl. ver.di Bundesvorstand, Wirtschaftspolitische Informationen 1/2009, http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitische_informationen/data/09-01_konjunkturprogramm_ii.pdf

Banken haben die Kreditvergabe dagegen spürbar eingeschränkt – also genau die Banken, die in der Krise die größten Verluste produziert haben.

Durch die Verluste ist das Eigenkapital der Banken zusammengeschmolzen. Auch jetzt verlieren Wertpapiere in den Bilanzen der Banken noch an Wert und werden Kredite faul. Dadurch werden immer neue Abwertungen nötig, die das Eigenkapital der Banken weiter aufzehren. Durch geringe Kreditvergabe soll es möglichst geschont werden.

Die Kreditklemme ist da, weil die Banken effektiv pleite sind.

Financial Times Deutschland, 8. Juli 2009

Mit dem zur Bankenrettung eingesetzten Geld muss eine ausreichende Eigenkapitalausstattung gesichert werden. Zu sichern ist außerdem, dass die Allgemeinheit nicht nur Verluste trägt, sondern auch an künftigen Gewinnen beteiligt ist. Und die Geschäftspolitik muss am Wohl der Allgemeinheit und nicht der Manager und Aktionäre ausgerichtet sein. Bisher verzichtet die Regierung darauf, Einfluss auf die Geschäftspolitik zu nehmen. Aber wer Milliarden aus Steuermitteln zuschießt, muss Anteile und Eigentümerrechte erhalten und Banken nötigenfalls auch verstaatlichen können.

Öffentliche Haushalte in Not

Eine so tiefe Krise wie die aktuelle hinterlässt entsprechend tiefe Spuren bei den Staatsfinanzen. Für 2009 erwartet der Finanzminister für die Haushalte von Staat und Sozialversicherungen zusammen ein Defizit von über 110 und für 2010 von über 130 Milliarden Euro. Die Defizitquote schnellte von 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf vier Prozent im laufenden Jahr und sechs Prozent in 2010 hoch. Die Kosten für die Bankenrettung sind dabei noch nicht einmal mitgerechnet.

Allein in den beiden Jahren 2009 und 2010 summiert sich das staatliche Finanzierungsdefizit auf weit über 200 Milliarden Euro.

Etwa die Hälfte der Neuverschuldung ist durch Steuerausfälle verursacht. Der Rest kommt vor allem von den steigenden Kosten der Arbeitslosigkeit und den weiteren Ausgaben für die Konjunkturpakete.

Mit der neuen „Schuldenbremse“ hat die große Koalition die künftigen Verschuldungsmöglichkeiten stark eingeschränkt – ungeachtet möglicher ökonomischer und

sozialer Verluste.³ Politiker werden diesen selbstgemachten „Sachzwang“ nutzen, der sie angeblich zu einem strikten Konsolidierungskurs zwingt.

Wir müssen über Einschränkungen nachdenken. Die Handlungsspielräume werden in den nächsten Jahren sehr eingeschränkt sein. Für die neue Regierung gilt: Es werden dornenreiche vier Jahre.

SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck, 17. Mai 2009

Konsolidierung heißt Kürzung der Staatsausgaben, oder Steuererhöhungen. Beides droht eine mögliche wirtschaftliche Stabilisierung gleich wieder zunichte zu machen. Denn Ausgabensenkungen bedeuten weniger Nachfrage durch den Staat oder weniger Nachfrage durch private Haushalte, wenn zum Beispiel staatlichen Sozialleistungen gekürzt würden.

Der Griff zur Mehrwertsteuer ist alternativlos.

Clemens Fuest, Vorsitzender Wissenschaftlicher Beirat beim Finanzministerium

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von heute 19 auf 25 (!) Prozent hat der Präsident des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung*, Zimmermann, vorgeschlagen. Sie würde Mehreinnahmen von 40 bis 50 Milliarden Euro bringen, gleichzeitig aber die private Konsumnachfrage massiv belasten.

An Kürzungen führt nach der Wahl kein Weg vorbei. Die FDP hat den Bundeshaushalt nach Kürzungsmöglichkeiten durchforstet. Die größten Einsparmöglichkeiten sieht sie auf dem Arbeitsmarkt.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. August 2009

Merkel schließt Steuererhöhungen bisher aus, CDU/CSU und FDP versprechen sogar Steuersenkungen. Das ist nicht glaubwürdig. Denkbar ist es nur, wenn diejenigen, die dies versprechen, gleichzeitig Renten und andere Sozialleistungen sowie den öffentlichen Dienst in bislang ungeahnter Weise zusammenstreichen wollen.

Solange Steuererhöhungen für Reiche zum Tabu erklärt werden, drohen massive neue Belastungen für die Mehrheit der Menschen.

³ Zur Schuldenbremse siehe Wirtschaftspolitische Informationen 5/2008 http://wipo.verdi.de/wirtschaftspolitische_informationen und „Investitionen in die Zukunft statt Schuldenbremse“, <http://wipo.verdi.de/dokumente>

ver.di Alternativen und Forderungen

Um eine lang anhaltende Phase von Stagnation oder schwachem Wachstum mit hoher Massenarbeitslosigkeit abzuwenden, muss in Deutschland eine grundlegend andere Wirtschafts- und Finanzpolitik eingeschlagen werden. Künftiges Wachstum und neue gute Arbeitsplätze erfordern die Stärkung der Binnennachfrage und deutlich mehr Beschäftigung in sozialen Dienstleistungen, sowie höhere Investitionen in Klimaschutz und ökologischen Umbau. Die konkreten Alternativen und Forderungen von ver.di liegen auf dem Tisch.⁴

Zunächst ein Konjunkturpaket III: 75 Milliarden Euro jährlich für öffentliche Zukunftsinvestitionen. 25 Milliarden Euro für Arbeitsmarktpolitik und Erwerbslose. Zusätzlich einmalig 100 Milliarden Euro für einen staatlichen Beteiligungsfonds, um Unternehmenszusammenbrüche zu verhindern.

Steigende Einkommen, mehr Sozialstaat und ökologischer Umbau ermöglichen zusammen einen nachhaltigen Ausweg aus der Krise.

Ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm würde zwei Millionen sinnvolle Arbeitsplätze schaffen und sichern: in Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen, Verkehr und ökologischem Umbau.

Für die gerechte Finanzierung brauchen wir mehr Einnahmen durch höhere Besteuerung von Reichen, hohem Einkommen und finanzstarken Unternehmen.

Die sozialen Leistungen dürfen keinesfalls gekürzt, sondern müssen verbessert werden, besonders für Erwerbslose. ver.di fordert außerdem die Verlängerung der Altersteilzeit. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 muss zurückgenommen und die Altersteilzeit verlängert werden, um Auszubildende einzustellen.

Von entscheidender Bedeutung sind ein gesetzlicher Mindestlohn und eine entschiedene Politik gegen Lohndumping.

⁴ Vgl. ver.di Bundesvorstand fordert Konjunkturprogramm III, April 2009, http://www.verdi.de/politik_von_a_bis_z/konjunkturprogramm_iii und ver.di Bundesvorstand, Solidarisch aus der Krise, Berlin 2009, http://wipo.verdi.de/broschueren/solidarisch_aus_der_krise